

Bundespolizeireform:

Mark: „Landesregierung lässt Mannheim im Stich“

Im Zusammenhang mit der Verlegung von mindestens 20 Mannheimer Polizeibeamten nach Karlsruhe im Zuge der Reform der Bundespolizei kritisiert Lothar Mark das Verhalten der Baden-Württembergischen Landesregierung: „In einer breiten Aktion, bestehend aus den örtlichen politischen Mandatsträgern der SPD in Stadt, Land und Bund und der Kooperation Mannheimer Gewerkschaften, bestehend aus DPolG, GdP und BDK, konnte zwar erreicht werden, dass das Mannheimer Polizeirevier nicht – wie zunächst geplant – Stuttgart unterstellt wird. Und die Ermittlungsbeamten in Mannheim bleiben.

Dies ist jedoch allein dem Zusammenschluss und dem massiven Protest von Engagierten aus der Metropolregion zu verdanken.

Vermisst habe ich die Unterstützung für die Position Mannheims aus Stuttgart und Karlsruhe.

Sicherlich hätte das Land Baden-Württemberg die Pläne von Bundesinnenminister

Schäuble noch weitergehend beeinflussen und verhindern können, dass die Mannheimer Polizeiinspektion zu einem einfachen Revier heruntergestuft wird“, beurteilt Lothar Mark die versäumten Möglichkeiten der Landesregierung.

„Obwohl Zentrum einer Metropolregion, wurde Mannheim

von der Landesregierung hier eindeutig im Stich gelassen!“, so Lothar Mark.

Mark hatte sich in der Vergangenheit mehrfach an das Bundesministerium des Inneren gewandt, um sich nachdrücklich für Verbesserungen bei der Reform der Bundespolizei einzusetzen.